



# #dieschmidt

der newsletter

15.11.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

was lange währt, wird endlich gut: am Wochenende haben sich die Spitzen der Koalitionsparteien auf einen Kompromiss zur Grundrente geeinigt. Damit machen wir für ca. 1,5 Million Menschen das Leben besser. Wer 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn ansonsten die Rente zu niedrig wäre. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden berücksichtigt. **Eine umfassende Bedürftigkeitsprüfung, wie CDU und CSU es wollten, wird es nicht geben!** Es wird lediglich unbürokratisch das Einkommen geprüft – durch einen automatischen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und den Finanzbehörden. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist wichtig: Niemand muss zum Sozialamt und niemand muss einen Antrag stellen.

Mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags (für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler) machen wir das Steuersystem gerechter. Die reichsten 10 Prozent zahlen weiter – in voller Höhe sogar nur die 3,5 Prozent der Superreichen. Sie sollen weiter ihren Beitrag leisten, damit wir in die Zukunft aller investieren können: in Chancen für unsere Kinder, in Klimaschutz, in Forschung und Entwicklung. **Das ist wichtig, denn wir wollen Wohlstand für viele und nicht Reichtum für wenige!** Hierzu ein Beispiel: Ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 75.000 Euro wird so jeweils um 565 Euro jährlich entlastet. **Insgesamt entlasten wir Bürgerinnen und Bürger um 10 Milliarden Euro.**

Im Bundestag habe ich in dieser Woche zu zwei wichtigen Themen gesprochen. Zum einen ging es um ein Abkommen zwischen Deutschland und der Ukraine, das eine bessere Kooperation im Bereich der Sozialleistungen gewährleisten soll. ([hier geht es zu dieser Rede](#)) Zum anderen habe ich zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Sanktionen im SGB II gesprochen und deutlich gemacht, dass wir neben der Grundrente ein Recht auf Arbeit für alle schaffen wollen! ([hier geht es zu dieser Rede](#))

Zum Schluss noch ein Ausblick auf die kommende Woche. Am Dienstag beginnt die Stichwahl um den Parteivorsitz der SPD. Gemeinsam sind wir den Weg raus aus den Hinterzimmern, hin zu einer breiten Mitgliederbeteiligung gegangen. Der Erfolg hängt hierbei auch von der Wahlbeteiligung ab. Ich bitte daher alle Mitglieder der SPD auf Ihre Stimme abzugeben. Ich freue mich sehr, dass am Mittwoch der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Lothar Binding, zu einer Veranstaltung in die Phantastische Bibliothek nach Wetzlar kommt. Gemeinsam wollen wir mit allen Interessierten über Steuern sprechen. Hierzu lade ich herzlich ein!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

SPD-FRAKTION.DE

MITTWOCH, 20. NOVEMBER 2019  
18.30 UHR

EINLADUNG

**ARMER STAAT –  
REICHER STAAT?**

Von Steuergerechtigkeit, Steuerhinterziehung  
und Verteilungsgerechtigkeit

WIR LADEN SIE EIN ZUM AUSTAUSCH MIT

 **DAGMAR SCHMIDT, MdB**  
Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe  
Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

 **LOTHAR BINDING, MdB**  
Finanzpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

**VERANSTALTUNGSORT**  
Phantastische Bibliothek Wetzlar  
Turmstraße 2  
35578 Wetzlar

**WEITERE INFORMATIONEN:**  
[www.spdfraktion.de/termine](http://www.spdfraktion.de/termine)

**SPD  
BUNDESTAGS  
FRAKTION**

## Masern zurückdrängen

### Impflicht eingeführt



Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten. Im Jahr 2018 kam es weltweit zu einer Verdoppelung der Masernfallzahlen. Bis Ende Mai wurden dem Robert-Koch-Institut bereits 420 Masernfälle in Deutschland für das Jahr 2019 gemeldet. Dabei stehen zur Prävention gut verträgliche und hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung, die eine langfristige Immunität vermitteln.

Um die Anzahl der Masernfälle langfristig zu reduzieren, haben wir in dieser Woche die Impfpflicht beschlossen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Kinder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas und Schulen, Personal in medizinischen Einrichtungen und auch Menschen in Gemeinschaftseinrichtungen, wie Flüchtlingsunterkünften oder Ferienlager, künftig geimpft sein müssen.

[...weiterlesen](#)

## Fairer Wettbewerb

### Macht der Konzerne eingedämmt



Mit der Umsetzung der 5. EU-Geldwäscherichtlinie haben wir in dieser Woche einen Meilenstein für die digitale Verbraucherpolitik auf den Weg gebracht. Im Gesetzgebungsverfahren haben wir darauf geachtet, dass die europäischen Werte auch im digitalen Raum gelten. Das Gesetz ist ein Wegweiser für die Regulierung digitaler Infrastrukturen. Wir sorgen damit dafür, dass Schnittstellen nicht nur von mächtigen Konzernen genutzt werden können. Hierdurch werden Unternehmen verpflichtet, ihre Schnittstellen für mobiles Bezahlen auch anderen Anbietern zu öffnen.

Wer mit seinem Smartphone bezahlen möchte, kann dies in Zukunft auch mit seiner Girocard der Sparkassen und Volksbanken tun. Das sorgt für einen fairen Wettbewerb und nützt auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diese haben in Zukunft eine größere Wahlfreiheit und können von mehr Wettbewerb profitieren. Technologieunternehmen müssen in Zukunft Bezahlung durch andere Zahlungsdienstleister ermöglichen. Damit werden die Verbraucherinnen und Verbraucher in Zukunft nicht mehr gezwungen, ihre Bank zu wechseln um bestimmte Endgeräte nutzen zu können.

## Klimaschutz wird Gesetz

### umfangreiches Paket beschlossen



Heute haben wir das Klimaschutzpaket verabschiedet. Nach langen Verhandlungen in der Regierung leiten wir eine Wende ein, um die Klimaschutzziele 2030 zu erreichen. Deutschland bekommt ein Klimaschutzgesetz mit klaren Verantwortlichkeiten, welches Ministerium was zu tun hat, um die Klimaziele zu erreichen. Wenn ein Bereich (z.B. Verkehr) seine Zielvorgaben nicht einhält, muss das zuständige Ministerium zügig Maßnahmen vorlegen, um die Ziele wieder zu erreichen. Mit dem Klimaschutzgesetz machen wir Klimaschutz verbindlich und verlässlich. Ergänzend zum Klimaschutz-Gesetz ist

Deutschland das einzige Land der Welt, das verbindlich aus der Kohle- und Atomenergie aussteigen wird.

Hierzu hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und für den Bereich des Klimaschutzes verantwortliche Matthias Miersch den Standpunkt der SPD in einer Rede deutlich gemacht. [Diese kann hier](#)

[abgerufen werden.](#) [...weiterlesen](#)

## Durchbruch bei den Betriebsrenten

### Entlastung der Rentnerinnen und Rentner



Mit der Entscheidung über die Einführung einer Grundrente konnte eine Regelung für die Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten beschlossen werden. Aktuell gilt ab einer Freigrenze in Höhe von 155,75 Euro der volle Krankenkassenbeitrag, d.h. der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberanteil. Unterhalb dieser Grenze fallen keine Beiträge an, liegt die Betriebsrente jedoch nur einen Euro darüber, muss auf die gesamte Summe der Beitrag gezahlt werden. Ab 2020 wird die geltende Freigrenze in einen dynamisierten Freibetrag in Höhe von 159,25 Euro umgewandelt. Dies bedeutet, dieser Freibetrag bleibt für alle

Betriebsrenten frei von Krankenversicherungsbeiträgen. Wer eine Betriebsrente bekommt, wird im Jahr 2020 um rund 300 Euro entlastet.